

ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Einzelplan 08. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1508, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Deshalb stimmen wir über den Einzelplan 08 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, und zwar über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1437. Inzwischen haben sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, über den Antrag direkt abzustimmen. Diese direkte Abstimmung führen wir jetzt durch. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/1437** von CDU und FDP **angenommen**.

Wir sind am Ende der Abstimmungen, die den Einzelplan 08 betreffen.

Ich rufe noch einmal den **Einzelplan 14** auf zur Abstimmung über die **Anträge**, die wir vorhin wegen der abstimmungsfreien Mittagszeit ausgesetzt haben.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1544. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die drei fraktionslosen Abgeordneten enthalten sich. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Änderungsantrag Drucksache 17/1544** der Fraktion der AfD **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1514, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Sie kennen das Prozedere. Wir stimmen demzufolge jetzt über den Einzelplan 14 ab. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen – demzufolge keine. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir sind damit mit den beiden Abstimmungsturns durch.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1504

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin erhält für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Kapteinat das Wort.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! So enttäuschend der Haushalt in vielen Bereichen ist – im Justizplan gibt es viele neue Stellen. Das ist erst einmal gut. Dabei sind auch viele sinnvolle Stellen, die wir zum Teil selbst schon so gefordert haben, zum Beispiel im Nachtragshaushalt 2017, und die wir daher ausdrücklich unterstützen.

Exemplarisch nenne ich die Stellen, die an den Verwaltungsgerichten geschaffen werden sollen. Das entspricht ziemlich genau unserer Forderung aus dem Nachtragshaushalt 2017 – eine gute und vor allem notwendige Maßnahme. Gerade die Verwaltungsgerichte sind derzeit besonders belastet. Stellen in der Justizverwaltung sind gute Stellen, die dringend gebraucht werden und die die Menschen entlasten, die dort unter Hochdruck sicherstellen, dass unser Rechtssystem seinem hervorragenden Ruf weiterhin gerecht wird.

Leider sind für uns nicht alle Stellen, die im Haushalt 2018 auftauchen, schlüssig und sinnvoll.

Nachdem bereits im Nachtragshaushalt 2017 neue Stabsstellen im Ministerium auftauchten, tauchen nun auch im Haushalt 2018 weitere Stellen im Ministerium auf. Fragen dazu werden ausweichend oder unzureichend beantwortet. Teilweise wird auf fehlende Erhebungen verwiesen. Denn unsere Frage nach tatsächlicher Besetzung einiger Stellen wollte das Ministerium offensichtlich nicht beantworten, wohingegen im Schulbereich extra neue Stellen für Statistiker geschaffen werden. Transparenz sieht anders aus.

Wir haben mittlerweile verstanden, dass der Minister der Justiz bestimmte Dinge gerne dem Ausschuss mitteilt und andere Dinge lieber direkt pressowirksam vermarktet. Das ist ein zweifelhafter Umgang mit dem Parlament, aber sicherlich eine bewusste Entscheidung. Wir können aber nur einem Haushalt zustimmen, der für uns klar und verständlich ist und bei dem alle Fragen beantwortet werden, insbesondere wenn wir wegen fehlender Unterlagen nur einen sehr kurzen Beratungszeitraum haben.

Gleichwohl haben wir konstruktive Mitarbeit versprochen und werden daher nicht gegen den Haushalt stimmen, sondern uns enthalten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Für die CDU-Fraktion erhält Frau Kollegin Erwin jetzt das Wort.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den ersten Justizhaushalt der neuen Landesregierung. Der Justizetat für das Jahr 2018 ist nicht nur ein Schritt in die richtige Richtung, nein, manche sagen sogar, es ist ein Schritt mit einem Siebenmeilenstiefel.

Mit dem Haushaltsentwurf 2018 treten wir nicht nur den Versäumnissen der rot-grünen Regierungsjahre entgegen, sondern wir läuten den Kurswechsel ein und stellen die Weichen in Richtung Zukunft für einen Neustart in der Sicherheitspolitik der Justiz. Nach Jahren des Kaputtsparens und der Mangelverwaltung räumen wir mit den Fehlentwicklungen der rot-grünen Vorgängerregierung auf.

Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens in den Rechtsstaat wiederherstellen. Wir wollen der übermäßigen Belastung der Justiz in Nordrhein-Westfalen, die wir vorgefunden haben, aktiv begegnen und Maßnahmen einleiten, die einen Abbau eben dieser Belastungen mit sich ziehen. Dafür schaffen wir die sachlichen und personellen Voraussetzungen.

Wir wollen, dass die Justiz wieder so ausgestattet ist, dass sie ihren verfassungsgemäßen Auftrag als dritte Staatsgewalt wahrnehmen kann. Wir wollen einen funktionierenden Rechtsstaat, in dem Recht und Gesetz durchgesetzt werden. Deshalb stärken wir die Justiz in Nordrhein-Westfalen durch neues Personal. Wir räumen mit den rot-grünen Altlasten auf und schaffen insbesondere 1.135 neue Stellen. Das ist der größte Personalzuwachs im Justizbereich seit Jahrzehnten.

Allein 83 Stellen für Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und 86 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden neu geschaffen. Damit setzen wir ein klares Zeichen, um der übermäßigen Belastung der Justiz gerecht zu werden, die Bürgernähe der Justiz in Nordrhein-Westfalen wieder zu stärken und eine konsequente Strafverfolgung zu sichern.

Durch 25 neue Richterstellen der Verwaltungsgerichtsbarkeit begegnen wir zudem den Herausforderungen, die zur Bewältigung der Klagewelle in der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie im Asylbereich erforderlich sind.

Bemerkenswert sind auch die über 900 neuen Stellen im nichttrichterlichen Dienst. Zur Verbesserung der Sicherheit in unseren Justizvollzugsanstalten werden insgesamt 237 neue Stellen geschaffen.

Aber damit nicht genug! Wir verschließen die Augen auch nicht vor den weiteren Zukunftsaufgaben im Justizbereich, sondern wir packen sie an. So modernisieren wir die Justiz auch außerhalb des Bereichs Personal und bringen die Digitalisierung der Justiz in Nordrhein-Westfalen voran. Neben 67 neuen Stellen im IT-Bereich werden 3,3 Millionen € für Aushilfen zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich werden 11,2 Millionen € für die Informationstechnik der Justiz sowie Sachmittel für den elektronischen Rechtsverkehr in Höhe von 29,3 Millionen € bereitgestellt. Dadurch beschleunigen wir die unter Rot-Grün nur schleppend vorangeschrittene Digitalisierung und ermöglichen so eine dienstleistungsorientierte und moderne Justiz, die den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist.

Einen weiteren Schwerpunkt legen wir auf den Opferschutz. Wir haben die dringende Notwendigkeit der direkten Opferunterstützung erkannt und unser Land mit der Ernennung der ersten Opferschutzbeauftragten zu einem Vorbild für andere Bundesländer gemacht.

Weitere wichtige Bausteine im kommenden Haushaltsjahr stellen die Stärkung des Justizvollzugs, die Offensive bei der Terrorismusbekämpfung, eine Ausweitung der Nachwuchsgewinnung sowie die Stärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Cybercrime dar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine bürgernahe, moderne und leistungsfähige Justiz ist für den Wirtschaftsstandort NRW von immenser Bedeutung. Der Haushaltsentwurf 2018 macht deutlich, dass der Justiz in Nordrhein-Westfalen endlich wieder ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird. Er ist ein klares Bekenntnis zur dritten Staatsgewalt, ein klares Bekenntnis zu einem funktionierenden Rechtsstaat. Mit dem Haushaltsentwurf 2018 legen wir den Grundstein für die richtigen und notwendigen Investitionen im Justizbereich und gestalten die Zukunft der Justiz in Nordrhein-Westfalen neu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Rainer Schmeltzer [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Erwin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Biesenbach, Sie erwarten wahrscheinlich kein Lob von mir, bekommen aber so kurz vor Weihnachten trotzdem eines. Ich will noch einmal

sagen: Ich begrüße es ausdrücklich, dass hier mehr Stellen im Bereich der Justiz, bei den Richterinnen und Richtern, bei den Staatsanwaltschaften geschaffen werden.

Letztendlich führen Sie damit einen Trend fort, den wir in rot-grüner Zeit schon eingeleitet haben. Auch wir haben mit den letzten Haushaltsplänen, insbesondere auch nach der Silvesternacht 2015, ordentlich beim Personal draufgelegt. Ich finde es aber gut, dass Sie diesen Trend fortsetzen und mehr Personal einstellen.

Ich begrüße auch, dass Sie die Stelle einer Opfer-schutzbeauftragten geschaffen haben. Denn ich halte es für wichtig – das sage ich schon seit Längerem –, den Fokus in der Innen- und Rechtspolitik ein Stück weit zu verändern. Wir beschäftigen uns bei Straftaten immer viel mit den Täterinnen und Tätern, aber eigentlich müssen wir auch die Opfer in den Mittelpunkt stellen,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

um herauszufinden: Was können wir eigentlich für die Menschen tun, die Opfer einer Straftat geworden sind, und wie können wir die Opfer unterstützen? Insofern finde ich die Einrichtung einer solchen Stelle erst einmal vom Grundsatz her sehr richtig.

Dabei kritisiere ich allerdings – das kennen Sie aus dem Ausschuss – eine Rechenoperation im Haushaltsplan, mit der offensichtlich Stellenanteile vom Justizvollzugsbeauftragten zur Opferschutzbeauftragten gegangen sind. Das finde ich falsch.

Sie haben im Ausschuss gesagt, dass es eine Rückläufigkeit der Eingänge beim Justizvollzugsbeauftragten geben würde. Das habe ich mir dann noch mal angeschaut. Ja, es stimmt, es gab in den letzten Jahren tatsächlich einen Rückgang. Aber ich frage Sie auch: Haben Sie versucht herauszufinden, woran es liegt, zumal momentan die Belegung in den Justizvollzugsanstalten wieder ansteigt? Wir haben also wieder eine stärkere Belegung; demzufolge muss man aus meiner Sicht davon ausgehen, dass es auch wieder mehr Eingaben geben wird.

Deshalb finde ich es falsch, beim Justizvollzugsbeauftragten zu kürzen und zwei Stellen gegeneinander auszuspielen, die beide in ihrer Funktion für den Bereich der Justiz wichtig sind. Beides gegeneinander auszuspielen, ist nicht richtig.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Unter dem Aspekt der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit möchte ich noch etwas anderes ansprechen. Im Einzelplan 04 haben Sie 22 neue Stellen für eine „Gruppe zur Steuerung, Überwachung und Optimierung der bedarfsgerechten Verwendung der Ressourcen im Justizvollzug“ eingeplant. Das mag als Aufgabe erst mal sehr sinnvoll sein.

Aber wenn Sie uns dann im Ausschuss sagen – ich zitiere aus der schriftlichen Antwort des Justizministeriums auf meine Fragen –, „die genaue organisatorische Ausgestaltung wird derzeit ebenso wie die inhaltliche Konkretisierung erarbeitet“, dann muss ich ehrlich sagen: Das hat mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nicht mehr viel zu tun, und das finde ich auch nicht richtig.

Mich wundert auch ein Stück weit, dass die Abgeordneten von CDU und FDP dazu nichts sagen, weil sie in erster Linie Abgeordnete sind, die die Regierung kontrollieren, und nicht nur die regierungstragenden Fraktionen. Ich finde, es kann nicht sein, dass man Geld einstellt, ohne zu sagen, wofür es ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Im Bereich der Justiz haben wir in den nächsten Jahren wirklich große Herausforderungen vor uns. Ich will einmal den Bereich der Investitionen in den Gebäudebestand nennen. Da bin ich sehr gespannt, ob die im Einzelplan 04 eingeplanten Mittel wirklich reichen werden, um den Investitionsstau tatsächlich abzubauen.

Das andere große Thema, das ansteht, ist die Digitalisierung, also die Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs und die Einführung der elektronischen Akte. Im September habe ich im Ausschuss nachgefragt, also ziemlich zu Beginn unserer Ausschusssitzungen, und da wurde mir gesagt: Ja, wir machen einen Masterplan, der Ende November, spätestens im Dezember dieses Jahres vorgestellt wird. – Bisher habe ich davon nichts gesehen. Es ist aber eine der großen Aufgaben, die wir vor uns haben, und ich bin gespannt, wie es weitergeht.

Aber nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene stehen uns sehr wichtige rechtspolitische Diskussionen bevor. Wie ist zum Beispiel die Position des Justizministers zur Veränderung von § 219a Strafgesetzbuch? Herr Laschet sagt uns hier immer, er will wieder dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene wahrgenommen und vertreten wird. Was heißt das denn in Bezug auf die Rechtspolitik? Herr Biesenbach, wie positionieren Sie sich zu diesen rechtspolitischen Fragen, die auch gesellschaftspolitische Fragen darstellen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Das würde ich auch mal gern wissen!)

Was ist denn mit dem Thema „Informationen für Frauen über Schwangerschaftsabbrüche“? Kann es sein, dass Ärzte dafür angezeigt werden? Ich finde: Dafür brauchen wir eine rechtspolitische Diskussion. Ich möchte dann auch die Position des Ministers hören, denn gerade findet eine aktuelle Diskussion im Bundesrat statt.

Auch zum Thema „Musterfeststellungsklage“ bzw. „Gruppenklage“ wird gerade eine aktuelle Diskussion

auf Bundesebene geführt. Die grüne Bundestagsfraktion hat dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Verena Schäffer (GRÜNE): Das sind Themen, die Sie angehen müssen. Ich erwarte, dass Sie das tun.

Herr Biesenbach, Folgendes sei mir noch erlaubt zu sagen: Jetzt, da Sie das Kreistagsmandat abgegeben haben – nicht ganz freiwillig, ein bisschen Druck war dafür nötig –, dürften Sie eigentlich die notwendige Zeit haben, genau diese großen Herausforderungen im Justizbereich anzugehen. Also: Machen Sie das!

Wir werden das weiterhin kritisch begleiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Mangen.

Christian Mangen (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schlüssel für eine effektive Rechtsprechung, eine zügige Vollstreckung und einen sicheren und modernen Strafvollzug ist eine vernünftige personelle und technische Ausstattung.

Für die NRW-Koalition hat die Stärkung des Rechtsstaats Priorität. Ich glaube, dieser Haushalt spiegelt genau das wider. Frau Kollegin Erwin hat gerade schon viel Richtiges dazu ausgeführt – insbesondere zum Stellenzuwachs, der ja auch von der Opposition begrüßt worden ist. Das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass sich die Regierung auf dem richtigen Weg befindet.

(Beifall von der FDP)

Zur Wahrheit gehört natürlich dazu – das wurde gerade schon erwähnt –, dass auch in den letzten Jahren im Justizbereich an diesen Stellen schon etwas getan worden ist. Zwischen 2010 und 2016 wurden 1.100 neue Stellen geschaffen, was auch zu begrüßen ist. Allerdings war das viel zu wenig. Deswegen können wir hier bewusst und zu Recht sehr stolz darauf sein, dass wir in einem Haushaltsjahr den Stellenzuwachs schaffen, den die heutige Opposition und frühere Regierung in sechs Jahren geschaffen hat.

Erwähnt wurde gerade bereits zu Recht der Stellenzuwachs bei Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwaltschaften. Erwähnen möchte ich aber auch, dass wir den Mittelbau nicht außer Acht lassen.

Wir haben in diesem Fall auch bei Rechtspflegern und auch bei Servicestellen zugelegt.

Im Rechtsausschuss wurde noch kritisiert, dass wir zu wenige Projekte eingebaut hätten und so gesehen eine Vision fehlen würde. Ich möchte zu Recht Lob aussprechen: Mit diesem Haushalt konzentrieren wir uns auf den Kernbereich der Justiz, sodass wir wieder eine funktionsfähige Justiz installieren können.

Ich danke dem Minister und dem Ministerium sowie der Koalition für diesen Haushalt und bitte um Zustimmung. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mangen. – Für die AfD spricht Herr Kollege Röckemann.

Thomas Röckemann (AfD): Die Justiz in Nordrhein-Westfalen führt seit langer Zeit ein Dornröschendasein. Sie wird nicht durch diesen Haushaltsentwurf wachgeküsst. Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde geflickt, und es wurde nachgebessert – gerade beim Personal.

Nur ein Grundübel wurde nicht bekämpft. Es geht nämlich nicht nur darum, den Personalbestand an den durch illegale Einwanderung gestiegenen Bedarf anzupassen, sondern den Hebel ebendort anzusetzen. Das bei einem Rohrbruch auslaufende Wasser kann man schließlich nicht durch Handtücher zum Stillstand bringen, sondern man muss zwingend den Haupthahn zudrehen.

(Beifall von der AfD)

Drehen wir gemeinsam der illegalen Einwanderung mit den damit verbundenen Problemen den Hahn zu!

Zu den einzelnen Haushaltspositionen: In der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden angesichts von rund 100.000 allein in Nordrhein-Westfalen erwarteten Asylverfahren im kommenden Jahr Stellenausweitungen um rund 6,5 % vorgenommen. Das hört sich viel an, ist es aber nicht. Denn die Anzahl der Verfahren wird gegenüber 2017 um ein Drittel steigen. Dabei gab es bei den Verwaltungsgerichten bis 2016 bereits Aktenrückstände von rund 25.000 und allein in 2017 von rund 50.000 Fällen. Erst für das kommende Jahr wird mit einer richtigen Asylklagenwelle gerechnet. 75.000 nicht zu schaffende Verfahren werden voraussichtlich hinzukommen.

Summa summarum – ich habe mich Dr. Blexens Rechenkünsten bedient – ergibt das Rückstände von 150.000 Fällen bis Ende 2018. Die Erhöhung der Anzahl der Richterstellen um 6,5 % macht im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit ganze 25 Richter aus. Damit hat jeder Richter 2018 rund 6.000 Fälle

vor der Brust. Benötigt er pro Fall fünf Stunden – das ist konservativ gerechnet –, ergibt das 30.000 Stunden. Ein Jahr hat bis jetzt nur 8.760 Stunden. Hier kommt noch einmal Dr. Blex ins Spiel. 30.000 Stunden sind mehr als 8.760 Stunden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, ehrlich? Sensationell!)

Rein rechnerisch müsste somit jeder der 25 neuen Richter an jedem Tag des Jahres ohne Pause gut 82 Stunden arbeiten. Sie sehen: Die Planung greift etwas kurz.

(Heiterkeit von der AfD)

Die Aktenberge werden also nicht kleiner, sondern größer. Ebenso ist es bei der Strafrechtspflege. Bei der diesbezüglichen ordentlichen Gerichtsbarkeit liegt der geplante Personalzuwachs mit 3,8 % in einer ähnlichen Größenordnung wie bei den Staatsanwaltschaften. Auch das reicht bei Weitem nicht aus, um den Anforderungen gerecht zu werden. Denn wir verzeichnen immer mehr und immer schwerere Straftaten.

Welche Ursache mag das bloß haben? Sind die Deutschen krimineller geworden? Nein, meine Damen und Herren, das sind sie nämlich nicht. Es dringen immer mehr Einwanderer ein, die sich nicht an unsere Regeln halten. Gerade deshalb explodiert die Kriminalitätsstatistik gleichsam. Dabei sind die Passdeutschen noch nicht berücksichtigt. In diesem Bereich gibt es keine belastbare Statistik. Durch die völlig verfehlte Einwanderungspolitik gerät unser Rechtsstaat in eine bedrohliche Schieflage. Weder die letzte noch die jetzige Landesregierung sind jedoch den Weg der Klarheit gegangen.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Friehoff, hat bereits am 13. Januar 2016, also vor fast zwei Jahren festgestellt, dass deutlich über 700 Richter und Staatsanwälte fehlen. Hier bleiben Sie, Herr Minister Biesenbach, weit hinter den Erfordernissen zurück.

Auch im Justizvollzug wurde nur nachgebessert. Mit mehr Personal werden die strukturellen Probleme – verursacht durch Häftlinge mit Migrationshintergrund – nicht gelöst.

Der letzte Punkt meiner Ausführungen betrifft das Ministerium selbst. In vielen Bereichen hat man zaghaft nachgesteuert, nicht so im Ministerium der Justiz. Dort hat man den vollen Schluck aus der Pulle genommen, meine Damen und Herren: nicht 3 %, nicht 4 % und auch nicht 6,5 % mehr Personal, wie in den anderen Bereichen,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

sondern im Ministerium müssen es 14,3 % sein, und viele Stellen davon sind davon spitzenbesoldet. Hier wird nicht angepasst. Hier wird die Bürokratie aufgebläht, liebe Kollegen. Statt den Bürger effektiv zu

schützen, üben Sie sich, Herr Minister, in der Schaffung eines Hofstaats.

Da es leider nur bei wenigen guten Ansätzen geblieben ist, lehnt die AfD-Fraktion den Haushaltsentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Röckemann. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach, Minister der Justiz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die bisherige parlamentarische Beratung des Einzelplans 04 hat gezeigt, dass die Landesregierung mit dem Entwurf des Einzelplans 04 die Weichen in die richtige Richtung gestellt hat.

Wir wollen die Justiz in Nordrhein-Westfalen wieder zum Garant für Sicherheit und Freiheit, zum Garant des Rechtsstaats in Nordrhein-Westfalen machen.

Dafür haben wir von vielen Seiten Anerkennung erhalten – vom Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, vom BSBd, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und sogar von einem Verband, der eher für einen anderen Einzelplan zuständig ist, nämlich dem Bund Deutscher Kriminalbeamter. Bei der Sachverständigenanhörung im Unterausschuss Personal haben sie ausdrücklich unsere Bemühungen anerkannt und Unterstützung zugesichert.

Außerdem haben heute die Beiträge sowohl von der SPD als auch von den Grünen deutlich gemacht, dass es schwer ist, an diesem Entwurf etwas Kritisches zu finden. Wir haben gehört, dass Frau Kapteinat ebenso wie im Ausschuss deutlich gesagt hat: Wir finden genug Gutes darin, um uns zu enthalten. – Zustimmung fällt der Opposition schwer – Herr Römer schmunzelt –, aber die Enthaltung betrachte ich schon als Lob. Dafür vielen Dank.

Frau Schäffer, die sogar das Lob ausgesprochen hat – dafür auch vielen Dank –, musste intensiv suchen, um kritische Stellen zu finden.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Also, liebe Frau Schäffer, § 219a machen wir morgen – dafür haben wir einen eigenen Tagesordnungspunkt –, und die anderen Geschichten ziehen wir auch noch nach.

Beim Investitionsstau haben Sie allerdings recht. Hier werden die Mittel nicht reichen. Wir werden Sie so schnell aber auch nicht benötigen, weil wir so flott gar nicht bauen können. Die Substanz ist dazu viel zu marode, und an der Stelle werden wir wieder etwas gemeinsam tun können.

Sie haben die Sorge, der Justizbeauftragte könnte zu schlecht weggekommen sein. – Nein, wir haben die Aufgaben, die er bisher mit erledigt hat, die wissenschaftlichen Untersuchungen, auf den Kriminologischen Dienst verlagert, diesen dafür verstärkt, und er soll jetzt diese Arbeit leisten.

Die Fachgruppe „Vollzug“ ist auch die Fortführung eines Gedankens, den mein Vorgänger schon hatte. Wir werden ihn auf die Beine stellen, und wir werden weiter machen.

Bei der E-Akte haben Sie allerdings recht. Das wird nach wie vor eine große Baustelle sein, an der wir aber gemeinsam arbeiten werden. Vielleicht haben wir im nächsten Jahr auch noch die Notwendigkeit, intensiv darüber nachzudenken und gemeinsam zu erarbeiten, wie wir den Weg des elektronischen Rechtsverkehrs schaffen. Deutschlandweit zeigen sich dabei überall die gleichen Herausforderungen, und beides wird erhebliche Auswirkungen auf die gewohnten Arbeitsabläufe mit sich bringen.

Ich möchte aber gerne noch eine Situation ansprechen, die eben beiläufig geschildert wurde. Bei der zweisprachigen Bezeichnung auf Ortstafeln kam in diesem Raum die Rede darauf: Mein Gott, der spinnt und will Verfahren in Englisch haben.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Justizstandort, der im Augenblick europaweit Geltung hat. Wenn wir diesen Vorteil und die Chancen, die uns der Brexit liefert,

(Zuruf von der SPD: Und die Amtssprache wird jetzt Platt, oder was wollen Sie uns erzählen? – Gegenruf von der CDU)

Großverfahren auch nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen, nutzen wollen, werden wir uns fragen müssen, was dazu notwendig ist. Wir haben gute Gerichte und gute Richter. Die Unternehmen, die diese Verfahren führen, haben als Geschäftssprache aber englisch und sind nicht gewohnt, vor Gericht auf Deutsch verhandeln zu müssen. Sie gehen dann lieber nach Paris oder nach Amsterdam; beide Länder bemühen sich, hier Angebote zu schaffen.

Wir haben daher die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, ob wir international unsere Rolle behalten wollen; dann werden wir diesen Schritt gehen müssen. Wollen wir ihn nicht gehen, weil wir sagen, bei uns gibt es kein Englisch vor Gericht, dann müssen wir uns damit beschäftigen,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

dass die ganzen Chancen, die wir hätten nutzen können, dann verloren sind.

Wir werden demnächst eine europäische Patentkammer hinbekommen. Wir arbeiten daran, den Europäischen Staatsanwalt mit einem Delegierten nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Das alles sind

die Schritte in den nächsten Jahren und die Herausforderungen, die auf uns zukommen.

Ich wünsche mir, dass die Opposition darüber nachdenkt, ob sie nicht doch sagt: Da passiert so viel Gutes, da stimmen wir heute zu. – Wenn nicht, lassen Sie uns im Gespräch bleiben, um die Herausforderungen künftig einmal gemeinsam zu besprechen.

Herr Röckemann, wenn Sie weiterhin so agieren wie heute – es ist alles fürchterlich und viel zu wenig –, dann wundern Sie sich nicht, wenn wir Sie in dieser Diskussion nicht ernst nehmen können.

Ich wünsche mir ein breites Votum für den Haushalt. Wir werden die Herausforderungen annehmen. Wir werden sie im nächsten Jahr massiv angehen und, denke ich, auch lösen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich kann deshalb die Aussprache zum Einzelplan 04 an dieser Stelle schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1504, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Wir stimmen deshalb über den Einzelplan 04 ab. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. – Wer Enthält sich? – Die SPD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

Einzelplan 03

Ministerium des Innern

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1503

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1543

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganzke hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier auf der Tribüne! Was tun wir hier heute? – Nachdem wir den Einzelplan für

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um ein paar Minuten überzogen. Wie ich sehe, ändert dies aber nichts daran, was die Wortmeldungen betrifft.

Insofern schlage ich vor, dass wir zu dem kommen, weswegen wir hier zusammengekommen sind, nämlich zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses Drucksache 17/1506. Darin hat der Haushalts- und Finanzausschuss empfohlen, diesen Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung** mit der Koalitionsmehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 02 aufrufe, muss ich im Nachgang zu TOP 1, Einzelplan 04, eine nichtförmliche Rüge aussprechen. Sie betrifft Herrn Abgeordneten Röckemann von der AfD-Fraktion. Herr Röckemann, Sie haben sich während Ihrer Rede mit der Äußerung zur Kriminalstatistik unparlamentarisch verhalten. Die verwendete Formulierung werde ich hier nicht wiederholen. Ich ermahne Sie aber ausdrücklich und fordere Sie auf, derartige Äußerungen zukünftig zu unterlassen. Sie wissen, worum es geht. Sollten Sie es nicht wissen, prüfen Sie es bitte selbst noch einmal nach. Wenn Sie dies noch einmal wiederholen würden, müsste eine förmliche Rüge ausgesprochen werden.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

- a) Staatskanzlei**
- b) Europa und Internationales**
- c) Sport**
- d) Medien**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1502

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1542

Wir beginnen mit dem Abschnitt

a) Staatskanzlei

(Unruhe)

– Das scheint ja ein heiteres Thema zu sein, auf das Sie sich alle freudig einstimmen, wenn ich den Lärmpegel richtig einschätze.

(Anhaltende Unruhe)

Nachdem es nun angenehm leise geworden ist – das war Ironie –, rufe ich zum Einzelplan 02 für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Müller-Witt auf.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem vorliegenden Haushaltsplan für Staatskanzlei und Ministerpräsident scheint man – das meine ich jetzt nicht bezogen auf das Plenum – keine größere Beachtung zu schenken oder schenken zu wollen. Nicht anders ist es zu erklären, dass das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu diesem Einzelplan erst 24 Stunden vor der entscheidenden Beratung im Hauptausschuss vorlag – und dies, obwohl die Geschäftsordnung des Landtags klar und deutlich besagt, dass dieses Ergebnis die Grundlage der Beratungen bilden soll. Das hier an den Tag gelegte Verfahren missbilligen wir ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun aber im Einzelnen: Der Einzelplan zeichnet sich ähnlich wie schon andere Einzelpläne durch einen umfänglichen Stellenaufwuchs aus. Man gönnt sich was. Dabei spreche ich nicht von den entfristeten Stellen, sondern von den zusätzlichen weiteren Stellen. Gerechtfertigt werden diese neuen Stellen unter anderem durch das neue Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“, ein Referat, dessen Aufgabenstellung bislang noch völlig unklar ist. Das nährt die Vermutung, dass zunächst der Wunsch nach einer Einstellung zusätzlicher Kräfte vorhanden war und man dann einen passenden, aber nicht allzu konkreten Titel formuliert hat.

Eine weitere Aufstockung hat das Referat Ehrenamt erfahren. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, weist bei dem Versuch der Detailanalyse jedoch zahlreiche weiße Flecken auf – weiße Flecken, die durch das Berichterstattergespräch nur unzulänglich Konturen erahnen lassen. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass der Hauptausschuss bis heute darauf wartet, dass die zuständige Staatssekretärin über die Pläne der Regierung informiert.

Auch insgesamt entstand im Hauptausschuss der Eindruck, dass von Regierungsseite die Information des Ausschusses nicht unbedingt als Bringschuld verstanden wird. So wurde eine sogenannte kleine Regierungserklärung erst auf Antrag der SPD-Fraktion abgegeben.

Auch die Schaffung einer weiteren Führungsstelle im Landespresse- und Informationsamt ist trotz der Begründung mit der Neukonzeptionierung der Medienarbeit der Landesregierung nicht nachvollziehbar. Eine Erklärung im Unterausschuss Personal lautete,

